



HESSISCHER LANDTAG

28. 09. 2010

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD

**betreffend 60. Jahrestag der "Charta der deutschen
Heimatvertriebenen" und 60. Jahrestag des
"Wiesbadener Abkommens"**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass sowohl die "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" als auch das "Wiesbadener Abkommen" wichtige Dokumente sind, mit denen die Heimatvertriebenen bereits kurz nach Kriegsende mit der Absage an Rache und Vergeltung ein Zeichen der Versöhnung setzten und ein Bekenntnis zu einem einigen Europa ablegten.

Die "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" ist eine verbindliche, auf Dauer ausgerichtete Erklärung, die die deutschen Heimatvertriebenen am 5. August 1950 in feierlicher Form in Stuttgart abgegeben haben. Sie wird von den Vertriebenen selbst als ihr moralisches Grundgesetz betrachtet.

Als wesentlichen Kern enthält die "Charta der deutschen Heimatvertriebenen"

- an erster Stelle die klare Absage an Rache und Gewalt,
 - das Bekenntnis zu einem geeinten und freien Europa, in dem die Völker friedlich zusammen leben,
 - ein ebenso klares Bekenntnis zur Mitarbeit am Wiederaufbau Deutschlands und Europas,
 - die Erinnerung an die eigenen Leiden und das Unrecht, das den Vertriebenen widerfahren ist,
 - ein klares Bekenntnis zum Recht auf eine Heimat und soziale Forderungen.
2. Der Landtag würdigt die Unterzeichnung des "Wiesbadener Abkommens" am 4. August 1950 (ein Tag vor Unterzeichnung der "Charta der deutschen Heimatvertriebenen") als Beitrag für den Frieden in Europa. Das Abkommen, in dem eine Kollektivschuld und Rachegedanken von beiden Seiten abgelehnt und der Kampf für ein einheitliches, friedliches Europa vorangestellt wird, ist ein wichtiges Symbol der Versöhnung.
 3. Der Landtag würdigt die erfolgreichen Bemühungen des ehemaligen Hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn, die durch die Vertreibung und Krieg entstandenen Probleme zwischen Alteingesessenen, Vertriebenen und Flüchtlingen in Hessen im Sinne aller zu lösen. Dazu gehörten u. A. auch massive Anstrengungen des Landes im sozialen Wohnungsbau um die eklatante Wohnungsnot zu beheben. Ein Ausdruck dieser verstärkten Integrationsbemühungen ist die Einrichtung der Hessentage.

4. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung die beiden Jahrestage öffentlich würdigt, die Leistungen der Heimatvertriebenen beim Wiederaufbau Hessens hervorhebt und sie in den historischen Gesamtzusammenhang von Krieg, Widerstand, Vertreibung und Flucht stellt.
5. Der Landtag bittet die Landesregierung, den eingeschlagenen Weg der Informationspolitik über die "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" und das "Wiesbadener Abkommen" weiter zu verfolgen und die Öffentlichkeit über die Bedeutung dieser Dokumente zu informieren. Insbesondere in den Schulen sollten die Jahrestage zum Anlass genommen werden, die Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg zu thematisieren und diese in den Gesamtzusammenhang von Nazidiktatur, 2. Weltkrieg und Holocaust zu bringen. Dazu sollten auch Zeitzeugen mit einbezogen werden, die von ihren individuellen Erlebnissen berichten könnten.
6. Der Landtag spricht sich gegen jede Form der Relativierung der deutschen Schuld am 2. Weltkrieg aus und distanziert sich von den Aussagen der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen und Hessischen Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach, die den Deutschland-Bbeauftragten der polnischen Regierung, Wladyslaw Bartoszewski, in einem Fernsehinterview als Menschen mit einem "schlechten Charakter" bezeichnet hat.

Wiesbaden, 28. September 2010

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel